Politisches Prisma

Düstere Aussichten

Johannes Geyer: Sieht massive Probleme für Rentner im Osten. Foto: DIW

Schlechte Nachrichten für Ruheständler in Ostdeutschland. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden die Altersbezüge für künftige Rentner massiv sinken. Für einen Großteil der Arbeitnehmer, die Ende der 2020er Jahre in den Ruhetand gehen, wird die gesetzliche Rente nahe oder unter der Grundsicherung von heute 600 € im Monat liegen. Die Gründe sieht DIW-Ökonom **Johannes Geyer** in der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der politisch gewollten Senkung des Rentenniveaus. Etwas besser sieht es für Ruheständler im Westen aus. Männer können mit einem relativ stabilen Rentenniveau rechnen, Frauen können ihre Lage leicht verbessern. Stabilisieren ließe sich die Alterssicherung durch die Stärkung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Doch die wurde, politisch gewollt, zugunsten flexibler Jobs sträflich vernachlässigt. has

Innovationsindikatoren

Marie Geoghegan-Quinn: Beharrt auf 3 %-Ziel. Foto: EU

Kaum im Amt, spürt die neue Forschungskommissarin **Marie Geoghegan-Quinn** schon scharfen Gegenwind: Die EU-Finanzminister verlangten zu Beginn dieser Woche in Brüssel neue Indikatoren, um Forschungs- und Innovationsleistungen in Europa zu messen. Sie stellen damit unmittelbar die Vorgabe der EU-Kommission in Frage, die als eines der großen Ziele ihrer „Europa 2020"-Strategie die Erhöhung der Forschungsausgaben auf 3 % vom Bruttoinlandsprodukt gefordert hatte. Derzeit liegt der Anteil bei knapp 2 %. Auch Geoghegan-Quinn hatte in aller Deutlichkeit auf diese 3 % gepocht. „Ich weiß, dass (diese Zielvorgabe) kontrovers ist, aber sie sollte bleiben." Die Finanzminister, von der schwierigen Haushaltslage getrieben, suchen derzeit jedoch nach Wegen, konkreten finanziellen Vorgaben aus dem Weg zu gehen. moc

Das deutsche Modell

Christine Lagarde: Kritisiert deutsche Exportfixierung. Foto: Archiv

Das deutsche Wirtschaftsmodell, das massiv auf Export setzt, wurde jüngst von der französischen Finanzministerin **Christine Lagarde** angegriffen. Sie hatte gefordert, Deutschland solle mehr für die Stärkung seiner Binnennachfrage tun, weil der hohe Handelsüberschuss die Wettbewerbsfähigkeit anderer EU-Länder gefährde. Was umgehend die deutsche Politik auf den Plan rief: Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle wirft nun den Franzosen vor, ihre Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigt zu haben. Was so falsch nicht ist – erst diese Woche hat die EU Zahlen vorgestellt, nach denen Deutschland wesentlich innovativer sei als Frankreich. Zudem ist die Arbeitslosenzahl hierzulande mit 8,7 % deutlich niedriger als in Frankreich (10 %). Doch es gibt auch eine andere Seite: Im jährlichen Human Development Index der Vereinten Nationen, der Lebenserwartung, Alphabetisierungsquote, Schuleinschreibungsrate und reale Kaufkraft miteinander vergleicht, liegt Frankreich weit vor Deutschland. moc

Reform der Reform

Sigmar Gabriel: Will Lebensleistung der Arbeitnehmer respektieren. Foto: Archiv

Die SPD rückt teilweise von den Hartz-Reformen ab. Die Partei will nun die Leiharbeit begrenzen, die Mitbestimmung ausweiten, die Laufzeit für das Arbeitslosengeld 1 verlängern, einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € einführen und auf eine Vermögensprüfung bei Hartz IV verzichten. So will SPD-Chef **Sigmar Gabriel** „die Lebensleistung eines Jeden" respektiert wissen. Eine Antwort auf das zugrunde liegende Problem gibt die SPD damit aber nicht: Der steigende Wohlstand wird mit einem kaum noch wachsenden Arbeitsvolumen erwirtschaftet. In den vergangenen 50 Jahren ist in Deutschland das Arbeitsvolumen von 56,34 Mrd. Stunden im Jahr nur leicht auf 57,74 Mrd. Stunden gestiegen, gleichzeitig ist das Bruttoinlandsprodukt um ein Mehrfaches gewachsen. Dass nicht mehr für alle genügend Arbeit da ist, darauf weiß auch Gabriel keine Antwort. has

Zusammengestellt von
hsteiger@vdi-nachrichten.com/
wmock@vdi-nachrichten.com

Der Diplom-Ingenieur: Eine Marke mit international anerkannter Qualität

HOCHSCHULE: Die deutsche Ingenieurausbildung genieße auch zehn Jahre nach Einführung der Hochschulreform hohes Ansehen. Im Titel werde dies aber nicht deutlich, beklagt VDI-Präsident Bruno O. Braun im Gespräch mit den VDI nachrichten. Der VDI fordert daher, den „Dipl.-Ing." im Zeugnis zu berücksichtigen. „Wir wollen die Abschlüsse im internationalen Vergleich durch das Renommee des Diplom-Ingenieurs aufwerten."

VDI nachrichten, Düsseldorf, 19. 3. 10, ws

VDI NACHRICHTEN: Wie beurteilen Sie nach zehn Jahren „Bologna" den Reformprozess? Hat er den Ingenieurwissenschaften Rückenwind verschafft?

BRAUN: Generell gilt, dass der Bologna-Prozess eine sinnvolle Sache ist, weil er dem europäischen Grundgedanken entspricht. Wir müssen aufhören, nur in Nationalen Grenzen zu denken und zu handeln. Wir müssen Strukturen und Standards entwickeln, die Transparenz schaffen und Barrieren abbauen. Gerade junge Menschen, die sich noch in der Ausbildung befinden, brauchen eine Basis, um sich danach auf einem europäischen Arbeitsmarkt etablieren zu können. Dafür brauchen wir transparente und einheitliche Strukturen bei den Abschlüssen an Hochschulen. Der VDI setzt sich dafür ein und unterstützt deshalb den Bologna-Prozess. Dass er den Ingenieurwissenschaften Rückenwind verschaffen wird, liegt für mich auf der Hand. Insbesondere gilt dies hinsichtlich der Chancen von Ingenieuren auf dem europäischen Arbeitsmarkt, Mobilität ist eines der Hauptziele des Bologna-Prozesses.

Wie erleben Sie die Akzeptanz der neuen Abschlüsse in Wirtschaft und Wissenschaft?

Da gibt es im Moment noch Irritationen, insbesondere bei den Hochschulen. Bologna sieht eine einheitliche Bezeichnung der Abschlüsse als Bachelor oder Master vor, der Diplom-Ingenieur soll nach heutigem Stand wegfallen. Die Wissenschaft sieht darin einen Qualitätsverlust – auch bei einer Darstellung im Abschlusszeugnis. Die Studierenden sehen sich darüber hinaus mit einem Abgrenzungsproblem bei der Jobsuche konfrontiert. Das hat eine VDI-Umfrage unter 500 Studierenden ergeben. Die Wirtschaft geht dagegen mit den neuen Abschlüssen offensichtlich etwas problemloser um. Hier hat eine gemeinsame Studie des VDI mit dem IW Köln nachgewiesen, dass die Unternehmen grundsätzlich zwischen Bachelor und Master differenzieren können und dass sie den Bachelor-Abschluss akzeptieren. Somit hätte ein Bachelor heute im Grundsatz die gleichen Berufschancen wie ein Ingenieur mit Diplom oder Master, meist jedoch mehr im praxisnahen Bereich. Trotzdem kommt auch seitens der Wirtschaft der Ruf nach eindeutiger Klarheit und Transparenz.

Sehen Sie auch im „Bologna-Jubiläumsjahr" noch Reformbedarf an den Reformen?

Oh ja, diesen Bedarf sehen wir. Die zum Teil sehr heftigen öffentlichen Diskussionen und die Proteste der Studierenden haben gezeigt, dass die Studieninhalte dringend überprüft werden müssen. Bund und Länder haben versprochen, für Verbesserungen zu sorgen. Wir sehen uns auch als Sprecher für die Ingenieurstudierenden, deshalb werden wir die Hochschulen auch in die Pflicht nehmen, sich kontinuierlich zu verbessern. Umgekehrt gilt: Die Studierenden sollten dem neuen System gegenüber aufgeschlossen sein.

Der VDI fordert den Erhalt der Marke „Diplom-Ingenieur". Warum?

Die Marke „Diplom-Ingenieur" genießt international hohe Reputation. Sie ist anerkannt und geschätzt, weil sie mit einem hervorragenden Ausbildungsniveau verbunden ist. Im Rahmen von Bologna droht die Marke nun verloren zu gehen – und das wollen wir nicht. Ich möchte jedoch ganz deutlich sagen, dass der VDI grundsätzlich das System der Bachelor-Master-Studiengänge befürwortet und unterstützt. Wir wollen die Abschlüsse im internationalen Vergleich durch das Renommee des Diplom-Ingenieurs aufwerten und sprechen uns deshalb für eine Ergänzung im Zeugnis aus. Eine entsprechende Forderung an die Kultusministerkonferenz hat das Präsidium des VDI jetzt beschlossen.

Wie sollte die Marke in die Titel „Bachelor" oder „Master" eingebaut sein?

Wie die Abschlussurkunden aussehen, muss den Hochschulen überlassen bleiben. Auf jeden Fall sollten die Abschlüsse sowohl die Titel Bachelor oder Master als auch den Titel Dipl.-Ing. enthalten. Hier böten sich die Titel Dipl.-Ing. (BA) und Dipl.-Ing. (MA) an.

Sollte es den Hochschulen vorbehalten bleiben, den „Dipl.-Ing." hinzuzufügen oder sollte dies flächendeckend eingeführt werden?

Auf jeden Fall ist eine bundeseinheitliche Lösung erforderlich. Nur so können wir sowohl bei den Studierenden als auch bei der Wirtschaft die geforderte Klarheit schaffen.

Besteht nicht die Gefahr, dass durch Einbeziehung der Marke „Dipl.-Ing." im Ausland der Eindruck entsteht, Deutschland setze die Reformen nicht konsequent um?

Ganz im Gegenteil. Aufgrund unserer hohen Kompetenz bei der Ingenieurausbildung werden wir mit der ergänzenden Bezeichnung „Dipl.-Ing." die besondere Qualität unserer Bachelor- und Masterabschlüsse international hervorheben. Der Diplom-Ingenieur ist für uns eine Marke, die für besondere und international anerkannte Qualität steht.

Die Föderalismusreform hat dem Bund die Gestaltungsmacht bei Bildungsthemen weitgehend genommen. Sehen Sie trotzdem die Chance, dass der VDI-Vorstoß in den Bundesländern und an den Hochschulen breite Akzeptanz findet?

Wir stehen nicht alleine mit unserer Forderung. Ich bin davon überzeugt, dass wir gute Chancen haben, den Diplom-Ingenieur als nachhaltige und wertvolle Marke zu erhalten. Den Studierenden hilft es, die deutschen Hochschulen zeichnet es aus und Unternehmen weltweit wissen, was sie an den Absolventen mit Diplom-Ingenieur im Titel haben. Alle gewinnen und der Bologna-Prozess wird dadurch gestärkt und erfährt sicherlich auch noch mehr Zustimmung durch die Studierenden und die Wissenschaft. W. SCHMITZ

VDI-Präsident Bruno O. Braun begrüßt die Bologna-Reformen. Die besondere Qualität der Ingenieurausbildung werde aber in den Abschluss-Titeln bislang nicht berücksichtigt. Die Erweiterung um „Dipl.-Ing." soll dies ändern. Foto: Zillmann

Zur Person

- Prof. Dr. Bruno O. Braun ist seit 2007 Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), seit 1974 ist er VDI-Mitglied. Im Jahre 1993 übernahm der Maschinenbauingenieur die Leitung der Unternehmensgruppe TÜV Rheinland. Er baute den Konzern komplett um – von einer regional geprägten Prüforganisation mit staatlichen Aufträgen zu einem internationalen Dienstleister. Braun ist Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. VDI/ws

Telekom will nicht mehr auf der Leitung stehen und setzt auf die Frauenquote

FRAUENFÖRDERUNG: Die Deutsche Telekom will bis zum Jahr 2015 rund 30 % der Stellen der mittleren und oberen Führungsebene mit Frauen besetzen. Die Bundesregierung lobt den Einsatz des Konzerns. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern soll es in Deutschland aber keine gesetzlichen Quotenvorgaben für eine gezielte Frauenförderung geben.

VDI nachrichten, Berlin, 19. 3. 10, cha

Eine gezielte Frauenförderung funktioniere nur im Zusammenspiel mit Firmenkodizes, gesetzlichen Vorgaben und einer breiten Medienöffentlichkeit. Dies glaubt zumindest die Direktorin der finnischen Handelskammer Leena Linnainmaa.

Im Frauenförder-Vorzeigeland wird aktuell gemeldet, dass in 69 % der Unternehmen mindestens eine Frau im höchsten Leitungsgremium vertreten ist. Für Linnainmaa zeigt das Ergebnis klar, dass es mit freiwilliger Selbstverpflichtung der Unternehmen alleine nicht funktioniert. In Norwegen wurde 2008 eine gesetzlich festgelegte Aufsichtsratsquote für Frauen von 40 % eingeführt

Frankreich hat sich den Norden zum Vorbild genommen und am 20. Januar 2010 ein Gesetz eingebracht: Innerhalb der nächsten sechs Jahre soll der Frauenanteil in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen auf 40 % steigen.

Mit Frankreich, so hofft die Präsidentin der Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte" (Fidar) Monika Schulz-Strelow, gehe ein Land voran, dass Deutschland als Vorbild dienen könne. Die skandinavischen Vorreiterländer wie Finnland und Norwegen seien vielleicht ein „wenig zu klein" gewesen. Doch die Hoffnung scheint sich nicht zu erfüllen. Auf der Berliner Fidar-Tagung in dieser Woche stellte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) klar, dass eine gesetzliche Vorgabe für sie der letzte aller möglichen Schritte wäre.

Die Fidar-Chefin vermutete bereits vor dem klaren „nein", der Ministerin, dass die 33-jährige Ressortchefin „zu jung für dieses Problem" sein könnte. Schröder ist zwar nicht generell gegen Quoten, aber nicht in der freien Wirtschaft und freut sich deshalb über die Deutsche Telekom, die mit „gutem, freiwilligen Beispiel vorangeht".

Auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) lobt den Konzern. Gegenüber der Tageszeitung „Die Welt" erklärte Hans Heinrich Driftmann: „Fakt ist, dass es noch zu wenige Frauen in Führungspositionen gibt", und ergänzte, er fände es gut, wenn sich Unternehmensleitungen „freiwillig dafür einsetzen, dies zu ändern". Die Telekom selbst, die Anfang dieser Woche mit ihrer selbstverordneten Frauenquote die Schlagzeilen beherrschte, könnte sich wiederum durchaus in diesem Punkt ein Mehr an Regulierung vorstellen.

Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger appellierte sogar an die Bundesregierung ihre „Scheu vor Direktiven an die Unternehmen" abzulegen. Sattelberger, durchaus bekannt für klare Worte und neue Ideen, sparte nicht an Selbstkritik: Es sei „beschämend" wie wenig bisher erreicht worden sei. Und dies, obwohl „wir alle seit Dekaden Lippenbekenntnisse abgeben". Aber die „moralischen Bekundungen" hätten nicht allzu viel gebracht. Frauenförderung sei für ihn „schlicht und einfach eine Frage des guten Rufes". Nun sollen bis zum Jahr 2015 30 % der Stellen der mittleren und oberen Führungsebene mit Frauen besetzt sein. Diesen Beschluss hätte der Vorstand nicht nur „einstimmig, sondern einmütig" mitgetragen.

Zu schaffen ist dies allerdings nur, wenn der aktuelle Frauenanteil mindestens verdoppelt wird. Sattelberger ist optimistisch, dass die Deutsche Telekom das schaffen wird. Die Kinder- und Ferienbetreuung wird ausgebaut, die Arbeitszeitgestaltung flexibler. Im Programm heißen die Vorgaben: „Lebensphasenbezogene Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben", „Steigerung der internen und externen Arbeitgeberattraktivität" und „Schaffung einer wettbewerbsfähigen Belegschaft".

Eine Vorgabe, von der Fidar-Präsidentin Monika Schulz-Strelow hofft, dass weitere Firmen nachziehen. Auch bei der Telekom herrscht Optimismus nicht nur im Hinblick auf das eigene Ziel. Sattelberger glaubt an eine „Signalwirkung" für andere Unternehmen.

Dabei stellt der Bonner Konzern heraus, dass nicht Uneigennützigkeit die Botschaft ist. Demografischer Wandel und der absehbare Mangel an Spitzenkräften ist einer der Treiber für die Frauenfreundlichkeit.

Nicht zuletzt bei den umworbenen Hochschulabsolventen der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) würde der Personalverantwortliche gerne die ohnehin nicht sehr große Zahl der Frauen ins Unternehmen holen.

Schließlich würden nach OECD-Berechnungen bereits in zehn Jahren auf zehn Ingenieure im Vorruhestandsalter nur noch sieben Nachwuchsingenieure kommen. Deshalb heißt die Devise: „Wir müssen die MINT-Begeisterung bei jungen Mädchen wecken und zusätzlich massiv Karrierechancen für junge Frauen aufzeigen."

Zudem ist es mittlerweile unstrittig, dass gemischte Führungsteams erfolgreicher arbeiten. Nach einer McKinsey-Analyse sind Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil an der Spitze leistungsfähiger. BIRGIT BÖHRET

Frauenpower: Eine gesetzliche Frauenquote wie sie in anderen Ländern bereits umgesetzt oder in der Planung ist, ist in Deutschland nicht vorgesehen. Foto: Imago

Was die anderen machen

- Immer mehr EU-Länder haben oder wollen Frauenquoten. Gesetzliche Regelungen gibt es in Norwegen, den Niederlanden, Finnland und seit Beginn des Jahres auch in Frankreich.
- Geplant sind entsprechende Gesetze in Belgien, Dänemark, Großbritannien, Schweden und Spanien.
- Die deutsche Regierung setzt zurzeit weiterhin auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen. B.B.